



HSGB
HESSISCHER STÄDTE-
UND GEMEINDEBUND

Hessischer Städte- und Gemeindebund · Postfach 1351 · 63153 Mühlheim/Main

Hessisches Ministerium des Innern,
für Sicherheit und Heimatschutz
Postfach 31 67
65021 Wiesbaden

Ref. Herr Heger/Frau Ibrisagic/
Frau Siedenschnur
Abteilung 2
Unser Zeichen Hg/pm

Telefon 06108 6001-38
Telefax 06108 6001-57
E-Mail hsgeb@hsgeb.de

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom 02.01.2025

Datum 14. Februar 2025

**Friedhofs- und Bestattungsgesetz (FBG) vom 05. Juli 2007 (GVBl. I S. 338), zuletzt geändert
durch Gesetz vom 23. August 2018 (GVBl. S. 381)
hier: Entwurf für ein 3. Gesetz zur Änderung des FBG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Übermittlung des Entwurfes im Rahmen der Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände nach § 147 Abs. 2 HGO und die Möglichkeit zur Stellungnahme, bedanken wir uns. Nach Befassung in unseren Gremien nehmen wir zu den vorgeschlagenen Änderungen wie folgt rechtlich Stellung:

Artikel 1 Nr. 1 (§ 2 Abs. 4 S. 2 FBG)

Die Erweiterung des Kreises von bestattungsberechtigten Personen um solche Verstorbene, die früher in einer Kommune gelebt haben und zur Zeit des Todes den Aufenthalt bei pflegenden Angehörigen innehatten, wird diesseits vor dem Hintergrund des Gleichbehandlungsgrundsatzes begrüßt.

Hessischer Städte- und
Gemeindebund e.V.
Henri-Dunant-Str. 13
D-63165 Mühlheim am Main
Telefon 06108 6001-0
Telefax 06108 6001-57

BANKVERBINDUNG
Sparkasse Langen-Seligenstadt
IBAN DE66 5065 2124 0008 0500 31
BIC: HELADEF1SLS

Steuernummer: 044 224 00204

PRÄSIDENT
Markus Röder
ERSTER VIZEPRÄSIDENT
Carsten Helfmann
VIZEPRÄSIDENT
Matthias Baaß

GESCHÄFTSFÜHRER
Johannes Heger
Dr. David Rauber
Harald Semler

GESCHÄFTSFÜHRER
Johannes Heger
Dr. David Rauber
Harald Semler

Artikel 1 Nr. 2 (§ 9 FBG)

Die Angleichung in § 9 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 FBG an die geänderte Personenstandsverordnung wird begrüßt.

Auch die beabsichtigte Klarstellung, wonach tot geborene Kinder, die das Geburtsgewicht von 500 Gramm bzw. die 24. Schwangerschaftswoche nicht erreicht haben, auf Friedhöfen bestattet werden können, wenn dieses ein Elternteil beantragt, begrüßen wir und entspricht der geübten Praxis. Auf § 3 Abs. 3 der Muster- Friedhofsordnung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes kann an dieser Stelle verwiesen werden.

Artikel 1 Nr. 3 (§ 10 FBG)

Vor dem Hintergrund der Erläuterungen sehen wir die neue Begrifflichkeit, wonach ambulante Ärztinnen und Ärzte für die Leichenschau zuständig sein sollen und diese verpflichtend abzunehmen haben, als richtig an.

Soweit es die Zweite Leichenschau (Abs. 9) anbelangt, so unterstützen wir weiterhin zunächst den gesetzlichen Ansatz aus dem Jahr 2018, wonach eine Verbesserung der Qualität der Zweiten Leichenschau erfolgen soll und hierfür geschulte Ärztinnen und Ärzte örtlich zuständig sein sollten. Wenn nunmehr von einer Ermächtigung durch die Leiterin bzw. den Leiter eines öffentlich-rechtlichen Institutes gesprochen wird, so ist der Unterschied zu der bisherigen Formulierung „beauftragt“ nicht verständlich. Eine Beauftragung setzt eine vertragliche Beziehung voraus, wohingegen die Form und die Art der Ermächtigung völlig unklar bleibt.

Soweit vor dem Hintergrund der Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 03.04.2020 (Az.: 8 B 2035/19) und nach der Gesetzesbegründung beabsichtigt gewesen sein soll, dass Mediziner außerhalb Hessens nicht beauftragt bzw. ermächtigt werden sollen, so spiegelt sich dieses in der Ergänzung nicht wieder. In dem neu angefügten Satz wird lediglich Bezug genommen auf Gebietsbezeichnungen „Rechtsmedizin“ oder „Patho-

logie“, ohne diese räumlich zu verorten. Aus Sicht des Hessischen Städte- und Gemeindebundes spricht jedoch auch nichts dagegen, dass außerhessische Ärztinnen und Ärzte mit entsprechender Fachqualifikation hier tätig werden können.

Artikel 1 Nr. 4 (§ 11 Abs. 3 Nr. 4 FBG)

Die Erstreckung der Ermittlungspflicht hinsichtlich eines nicht natürlichen Todes nicht nur auf Jugendliche, sondern auch auf Schwangere, wird vor dem Hintergrund der Begründung als nachvollziehbar angesehen, da Todesfälle in diesen Bereichen ebenfalls als abklärungsbedürftig anzusehen sind.

Artikel 1 Nr. 5 (§ 13 FBG)

Sofern in § 13 Abs. 1 FBG vorgesehen ist, neben den erforderlichen Sorgemaßnahmen auch die Bestattung ausdrücklich aufzuführen und dieses in die Verantwortlichkeit der Angehörigen im Sinne von § 13 Abs. 2 FBG zu legen, so ist dieses zur Klarstellung und zur Verbesserung der Rechtsstruktur des § 13 FBG ausdrücklich zu begrüßen, zumal die Angehörigen nach § 13 Abs. 3 FBG (neu) auch weiterhin für die Leichenschau zuständig sind.

Soweit in § 13 Abs. 3 FBG zukünftig bei verstorbenen Personen in Heimen, Sammelunterkünften, Pflege- oder Gefangenenanstalten oder ähnlichen Einrichtungen, nunmehr die Leitung der Einrichtung für die unverzügliche Durchführung der Leichenschau zuständig ist, so können wir das unter dem Gesichtspunkt der Klarstellung und Vermeidung rechtlicher Unsicherheiten in der bisherigen Regelung zunächst unterstützen. Nicht nachvollziehbar ist jedoch, warum in diesen Fällen eine Beschränkung nur auf die Durchführung der Leichenschau erfolgt und die eigentliche Bestattung vor dem Hintergrund von § 13 Abs. 4 FBG (neu) in die alleinige Zuständigkeit des Gemeindevorstandes fallen soll. Neben erheblichen Mehrkosten, z.B. von Gemeinden mit einer entsprechenden Einrichtung, ist nicht zu erkennen, welche besondere Nähe bzw. Rechtfertigung diese neue alleinige Zuständigkeiten des Gemeindevorstandes hat. Das Näheverhältnis der Heimleitung (Heimvertrag etc.) im Sinne der bisherigen Regelung spricht vielmehr nach unserer Auffassung dafür, es bei der grundsätzlichen Verantwortlichkeit dieser Personengruppe auch hinsichtlich der Bestattung zu belassen. Zumal es in vielen Fällen Vereinbarungen zwischen der verstorbenen Person und

der Einrichtung gibt, die Verantwortlichkeiten in diesem Sinne regeln. Auch in Fällen von Verstorbenen ohne Angehörige würde ausnahmslos die Verantwortlichkeit des Gemeindevorstandes bzw. Magistrats am Sterbeort begründet, was nach der bisherigen Regelung und der hierzu ergangenen Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes nicht der Fall ist. Damit einhergehend sehen wir hier auch eine neue Verantwortlichkeit der Städte und Gemeinden ohne entsprechende Berücksichtigung beim Kostenausgleich (Konnexität).

Soweit in § 13 Abs. 4 FBG anknüpfend an den Sterbeort die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes klargestellt wird, so ist dieses - unter Einschränkung der obigen Ausführungen - zu unterstützen.

Nicht zu verstehen ist jedoch, warum § 13 Abs. 5 FBG, der die Kostenübertragung an die Angehörigen vorsieht, gestrichen werden soll. Ohne entsprechende Rechtsgrundlage sehen wir keine Möglichkeit, dass die eigentlich verantwortlichen Angehörigen in diesen Fällen zur Kostentragung herangezogen werden können, so dass es zukünftig jederzeit möglich ist, sich der Verantwortlichkeit im Sinne von § 13 Abs. 1 FBG sich zu entziehen, indem Angehörige einfach nichts tun und damit verbunden die Zuständigkeit und die Kostentragung im Sinne von § 13 Abs. 4 FBG (neu) alleine beim örtlich zuständigen Gemeindevorstand liegt. Wenn nunmehr die ausdrückliche gesetzliche Streichung des § 13 Abs. 5 FBG erfolgt, so ist auch eine analoge Heranziehung nicht mehr statthaft, da der Gesetzeswille ausdrücklich auf die Streichung der entsprechenden Kostenregelung hinausläuft. Vor dem Hintergrund der Grundstruktur und der grundsätzlichen Verantwortlichkeit der Angehörigen sehen wir es als dringend geboten an, § 13 Abs. 5 FBG so zu erhalten, dass ein Verweis auf § 8 HSOG weiterhin enthalten ist. Ansonsten ist mit einer erheblichen Kostenfolge für die Städte und Gemeinden zu rechnen.

Artikel 1 Nr. 6 (§ 14 Abs. 4 FBG)

Dieser Verweis ist vor dem Hintergrund der beabsichtigten Änderung des § 14 FBG als nachvollziehbar anzusehen.

Artikel 1 Nr. 7 (§ 16 FBG)

Soweit die Bestattungsfrist in Abs. 1. S. 1 dergestalt geändert werden soll, dass der Zeitpunkt der spätesten Durchführung (bisher 96 Stunden) durch eine Frist von 10 Tagen ersetzt werden soll, so ist dieses vor dem Hintergrund der Gegebenheiten bei Bestattungen nachvollziehbar. Die kurze Frist wird in vielen Fällen schon derzeit durch die gegebene Möglichkeit von Ausnahmen durchbrochen, so dass eine entsprechende Anpassung und eine Fristsetzung innerhalb von 10 Tagen grundsätzlich nachvollziehbar ist. Soweit auch eine Frist von z.B. 14 Tagen als angemessen angesehen werden sollte, so könnten wir dem ebenfalls zustimmen, um hier eine adäquate und für die Angehörigen machbare Lösung zu finden und keine Zeitnot zu produzieren.

Vor dem Hintergrund der Erweiterung der Bestattungsfrist ist die Streichung von § 16 Abs. 1 S. 2 FBG denklogisch.

Artikel 1 Nr. 8 und 9 (§§ 19, 20 FBG)

Die Neustrukturierung, wonach § 19 FBG ausdrücklich für die Erdbestattung und § 20 FBG für die Feuerbestattung Regelungen enthält, wird begrüßt. Auch die ausdrückliche Klarstellung, dass neben den Anforderungen des § 19 FBG bei einer Feuerbestattung noch weitere Unterlagen vorzulegen sind (Zweite Leichenschau), wird hiermit deutlicher und rechtssicherer formuliert.

Artikel 1 Nr. 10 (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 FBG)

Hier können wir der Anpassung zustimmen.

Artikel 1 Nr. 11 (§ 29 a Abs. 2 S. 2 FBG)

Die redaktionelle Anpassung können wir nachvollziehen.

Artikel 1 Nr. 12 (§ 32 FBG)

Die Verlängerung des Geltungsbereiches der gesetzlichen Normen um weitere 7 Jahre können wir ebenfalls nachvollziehen und wird begrüßt.

Artikel 2

Auch hier erfolgt Zustimmung seitens des Hessischen Städte- und Gemeindebundes.

Die Vorlage des Gesetzesentwurfes zur einer dritten Änderung des FBG nehmen wir zum Anlass, **weitere Forderungen**, die im Rahmen der Evaluation vorgetragen wurden, aber keine Berücksichtigung gefunden haben, zu erneuern:

1. Gesetzliche Regelung der Rechtsnachfolge bei Nutzungsrechten an Gräbern

Vor dem Hintergrund der sich wandelnden gesellschaftlichen Verhältnisse ist in vielen Fällen, insbesondere bei Reihengräbern vermehrt festzustellen, dass die nächsten Angehörigen nach dem Versterben des Nutzungsberechtigten an der Grabstelle weder gewillt noch oftmals in der Lage sind, die sich aus dem Nutzungsrecht ergebenden Lasten (Grabpflege und -räumung) zu übernehmen und zu tragen. Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung (OVG Münster KStZ 1987, S. 233 ff., OVG Lüneburg NVwZ 1986, S. 810 und BVerwG in Bayer. Verwaltungsblätter 1993, S. 88) ist in diesem Zusammenhang entschieden worden, dass der Erwerb eines Nutzungsrechtes im Wege der Rechtsnachfolge wegen der mit den Nutzungsrechten verbundenen Pflichten nur möglich ist, wenn der/die Rechtsnachfolger/-in zugestimmt hat und die Person sich damit den einschlägigen Bestimmungen der Friedhofsordnung unterwirft. Eine Regelung, wonach ohne diese Zustimmung ein Nutzungsrecht übergeht, stellt einen Eingriff in die durch Art. 2 Abs. 1 GG verfassungsrechtlich geschützte allgemeine Handlungsfreiheit dar. Das mit Lasten verbundene Recht an der Grabstätte kann danach nur aufgrund eines Gesetzes erworben werden. Eine Friedhofsordnung sei danach nicht als solches Gesetz anzusehen.

Zur Vermeidung entsprechender Kostenfolgen für die Beseitigung von Gräbern durch die kommunalen Friedhofsträger und eine entsprechenden Umlage über die Gebühren auf die Allgemeinheit sehen wir die Notwendigkeit zum gesetzgeberischen Handeln. Wir regen an, dass die Angehörigen im Sinne von § 13 Abs. 2 FBG im Fall des Versterbens des Nutzungsberechtigten zur Übernahme des Grabnutzungsrechtes und zur Vornahme der Grabpflegemaßnahmen und ggf. der Grabräumung verpflichtet werden. Ohne eine solche Regelung sehen wir die Gefahr, dass weitere finanzielle Belastungen auf die Kommunen zukommen bzw. die Allgemeinheit im Wege der Gebührenumlegung heranzuziehen sein wird, obwohl hier die Verantwortlichkeit bei den einzelnen Nutzungsberechtigten und den näheren Angehörigen zu sehen ist.

Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf seitens des Landesgesetzgebers.

2. Bestimmung der Bestattungsart bei Meinungsverschiedenheiten unter Angehörigen (§ 14 Abs. 4 FBG)

Abzulehnen ist die Bestimmung, wonach der Gemeindevorstand generell bei Meinungsverschiedenheiten unter Angehörigen gleichen Grades die Bestattungsart zu bestimmen hat. Mag es auch vergleichbare Regelungen in Vorläuferbestimmungen gegeben haben, so ist der Gemeindevorstand nach diesseitiger Sicht als sachfern zu bezeichnen, um hier als „Schlichter“ zu fungieren und eine ausreichende Entscheidungsgrundlage zu haben für eine tragfähige Beurteilung der Situation. Hier handelt es sich um eine rein privatrechtliche Materie, die ggf. im Wege einer einstweiligen Verfügung zu klären ist.

3. Friedhofspflege keine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen

Der Gesetzgeber hat durch die Ergänzung von § 2 Abs. 2 S. 2 FBG zu erkennen gegeben, dass die Unterhaltung, Pflege und der Betrieb von Friedhöfen sowie Bestattungen insgesamt als gewerbliche Betätigung angesehen werden können (Hess. VGH, Urt. v. 02.10.2014 in HSGZ 2015, S. 187). In dem zur Entscheidung anstehenden Fall ging es um die Vorgabe einer Ortsatzung, wonach Grabfelder mit Grabstätten für gärtnerisch gepflegte Flächen geschaffen werden sollten. Durch die Neufassung von § 2 Abs. 2 FBG und die Anwendbarkeit von § 121 HGO im Zusammenhang mit Friedhofsleistungen sehen wir die Einrichtung neuer Gestaltungsformen auf den kommunalen Friedhöfen als gefährdet an, da dieses als wirtschaftliche

Betätigung im Sinne des § 121 Abs. 1 HGO gewertet und demzufolge ein möglicher Vorrang privater Dritter normiert wird, obwohl zugleich § 2 Abs. 1 FBG das Friedhofswesen als kommunale Pflichtaufgabe ausgestaltet, die die Gemeinde durch eigene Kräfte wahrnehmen kann oder mindestens hierbei entscheiden können soll, ob sie sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedient. Die damit einhergehende Aushöhlung der hoheitlichen Tätigkeit im Bereich des Friedhofswesens wird grundsätzlich abgelehnt, zumal auch die Formulierung in § 2 Abs. 2 FBG und ihre Bezugnahme auf „Leistungen“ wenig präzise ist. Hier sollte es dabei verbleiben, dass der Friedhofsträger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung frei entscheiden soll, welche Formen von Bestattungen er anbietet und ob er dieses mit eigenen oder fremden Kräften (Aufgabenerfüllung) erledigt.

4. Kostenträgerschaft

Angeregt wird ebenfalls in Anlehnung an § 11 Abs. 1 KAG Baden-Württemberg eine Regelung aufzunehmen, wonach von den Städten und Gemeinden für öffentliche Leistungen, die sie auf Veranlassung bzw. im Interesse Einzelner vornehmen, Gebühren erhoben werden können. Das Problem zeigt sich in den Fällen, in denen eine Person die Bestattung eines Angehörigen veranlasst, die Gebühren selbst aber nicht bezahlen kann. Wendet sich die Kommune dann an andere Angehörige, die ebenfalls sorgepflichtig im Sinne von § 13 FBG sind, kann nach aktueller Rechtslage in Hessen von den weiteren sorgepflichtigen Angehörigen keine Gebühr verlangt werden, denn insoweit fehlt es an einer Beauftragung im Sinne einer willentlichen Inanspruchnahme der Leistung.

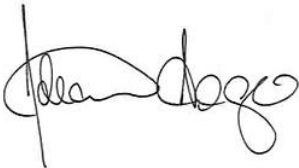
Zur Vermeidung von Ausfällen und zur Erlangung der Kostendeckung auch in diesem Bereich halten wir eine vergleichbare Regelung wie im Kommunalen Abgabengesetz in Baden-Württemberg für geboten.

5. Einreichung digitaler Unterlagen

Im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung regen wir an, auch die Einreichung der notwendigen Unterlagen für die Bestattung in digitaler Form zuzulassen. Hiermit wird einem zunehmenden Bedürfnis aus der Praxis Rechnung getragen. Bereits jetzt ist aus unserer Beratungspraxis vermehrt festzustellen, dass die digitale Einreichung von Sterbeurkunden und entsprechenden Unterlagen gewünscht wird. Gerade Kommunen, die bereits eine fortge-

schrittene Digitalisierung ihrer Verwaltung vorgenommen haben, würden hier eine Erleichterung ihrer Arbeit sehen. Insofern bietet es sich an, die Neufassung des Gesetzes zu nutzen, um diese Möglichkeit rechtlich einzuräumen.

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Heger
Geschäftsführer